

Pozener Zeitung.

Achtzigster Jahrgang.

J. 127.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Pozen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Dienstag, 20. Februar
(Erscheint täglich drei Mal.)

Intervall 20 Pf. die schlesischen Zelle über deren Raum, welche verhältnismäßig höher sind, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1877.

Amtliches.

Berlin, 19. Febr. Der Kaiser und König hat im Namen des deutschen Reiches die Kaufleute Gustav Sesselberg in Para (Brasilien), W. Bißold in Tacna und M. Bamberger in Lima zu Konsuln des deutschen Reiches ernannt.

Der König hat den Appell.-Ger.-Rath Isenbart in Celle unter Berlebung des Titels "Oberger-Direktor" zum Präf. des Oberger. in Nienburg ernannt, sowie die Wahl des bish. Landesältesten, Kammerherrn v. Heinen zu Paffendorf zum Direktor der Schweidnitz-Jauerischen Fürstenthumsländchaf und des bish. Landesältesten Kammerherrn, Hofkonsistorialbeamten Grafen v. Röckkirch-Trach auf Panthenau zum Direktor der Liegnitz-Wohlauer Fürstenthumsländchaf für den verfassungsmäßigen sechsjährigen Zeitraum von Weihnachten 1876 bis dahin 1882 bestätigt.

Der Konsistorialrath und ord. Prof. der Theol. Dr. Weiz in Kiel ist als ord. Prof. in der theolog. Fakultät der Universität zu Berlin versetzt, der Rechtsanwalt und Notar Justizrat H. A. H. hier selbst, unter Wielk. Konsul z. D., frisch. Ger.-Ass. A. N. e. d. hier selbst, unter Wielk. Konsul z. D., frisch. Ger.-Ass. A. N. e. d. hier selbst, unter Wielk. Konsul z. D., frisch. Ger.-Ass. A. N. e. d. hier selbst, unter Wielk. Konsul z. D., frisch. Ger.-Ass. A. N. e. d. hier selbst, unter Wielk. Konsul z. D., frisch. Ger.-Ass. A. N. e. d. hier selbst, unter Wielk. Konsul z. D., frisch. Ger.-Ass. A. N. e. d. hier selbst, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Bromberg, ernannt worden.

Vom Landtage.

21. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 19. Februar. Am Ministerische: Handelsminister Dr. Achenbach und mehrere Regierungskommissare.

Der erste Vizepräsident K. L. O. eröffnet die Sitzung um 11½ Uhr und heilt mit, daß der Abg. v. Gerlach in Folge des ihm neulich zugeschlagenen Unfalls gestern Nachmittag 3½ Uhr gestorben ist. Der Verstorbene habe seit dem Jahre 1849 dem Haus angehört und sich an dessen Geschäften stets in reicher Weise beteiligt. Über die Zeit seiner Besitztum sind noch keine Mitteilungen eingegangen. Das Haus erhebt sich zu Ehren des Andenkens des Verstorbenen.

Eingegangen ist eine Interpellation des Abg. Dr. v. Komierowski, betreffend die Inhaberhaltung des Redakteurs des "Kurier Poznański". Dr. Kantecki, welcher seinerseits auf Requisition des Oberpostdirektors von Bromberg verhaftet wurde, weil er verweigerte, die Person zu nennen, welche ihm Mitteilung von der bekannten Beschlagnahme der Verfügung betreffs die Briefe des Erzbischofs von Polen gemacht hatte. Es folgen weitere geschäftliche Mitteilungen, alsdann tritt das Haus in die Tagesordnung ein.

Der erste und zweite Gegenstand derselben, dritte Berathung des Gesetzentwurfs über die öffentlichen Feuerwehren und des Gesetzentwurfs über die Dotationsfonds, werden auf Wunsch des Herrn Handelsministers zurückgestellt und vorst der dritte Gegenstand, erste Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Verwendung von Beständen für außerordentliche Bedürfnisse der Bauverwaltung im Staatsjahr 1877-78 und die Aufnahme einer Anleihe zur Deckung der Ausgaben für Bauausführungen auf den Staats-Eisenbahnen, vorgenommen.

Abg. v. Schorlemmer - Alst tadeln, daß eine so wichtige Vorlage erst am Schlusse der Session zur Berathung kommen sollte, wo von einer gründlichen Prüfung kaum die Rede sein könne. Er beantragt Ueberweisung des Entwurfs an eine besondere Kommission von 14 Mitgliedern.

Abg. Schmid (Stettin) entgegnet dem Vorredner, daß die Materie durch Auslassungen der Regierung und der Presse genügend begriindet sei. Redner dankt der Regierung dafür, daß sie die Vorlage eingebracht habe, durch welche u. A. auch für die Regulirung der niederen Oder und Neubrandenburgischen Kanäle das Mögliche gethan wird. Im Uebrigen ist Redner, der viele einzelne Punkte eingehend berichtet, gleichfalls für kommissarische Berathung, damit dort die Ueberweisungsfrage genau untersucht werde.

Abg. v. Wilamowitz ist mit dem Prinzip der Vorlage einverstanden, daß disponible Gelder, anstatt aufspeichert zu werden, lieber für andere Zwecke als für die anfänglich bestimmten verwendet werden. Die Gelder sollen verwendet werden für dringlichere Dinge, z. B. für Schiffsbarmachung und Strombauten der oberen Nei. und für Ausführung des längstbesprochenen Netze- und Majurischen Kanals. In Betreff der geschäftlichen Behandlung wünscht Redner Ueberweisung an die Budget-Kommission, damit dort gleichzeitig die große Prinzipienfrage diskutirt werde, ob nicht, wie bisher so frei-gebig für Eisenbahnen, in ähnlicher Weise auch für Kanalbauten Anleihen aufgenommen werden sollten.

Abg. v. Bendt hebt hervor, daß eine Menge Petitionen und Anträge auf Ausführung von Wasserbauten vorliegen und daß er es für angezeigt halte, diese mit der Vorlage zugleich in einer Kommission zu berathen, in der dann vor allen Dingen zu erörtern sein würde, ob und welche Verständigungen in dieser Beziehung mit der Regierung noch zu erreichen seien. Redner befürwortet ebenfalls die Verwendung der Vorlage an die Budget-Kommission.

Abg. Margolin spricht sich ebenfalls für die Kanalisierung der unteren Nei aus und weist auf die Opfer hin, welche die Provinz Polen für die Chausseebauten und dergl. gebracht habe. Es wäre jetzt nicht mehr als billig, dieser Provinz entgegen zu kommen, und da man einmal eine Anleihe aufnehmen müsse, wäre es ziemlich gleichgültig, ob man 6 oder 8 Mill. Mark aufnahme. Im Uebrigen schließt sich Redner den Ausführungen des Abg. v. Bendt an und schließt ebenfalls um Ueberweisung der Vorlage an die Budget-Kommission.

Abg. Brons verwendet sich für den Ems-Jahde-Kanal und ist gleichfalls für Ueberweisung an die Budget-Kommission. Handelsminister Dr. Achenbach: Meine Herren: Was die geschäftliche Behandlung betrifft, so halte ich es nicht für nötig, die Vorlage an eine andere Kommission als an die Budget-Kommission zu verleihen. Denn es ist ja klar, daß die Vorlage im Wesentlichen eine Ergänzung des Extra-Ordinariums des Staats bildet und einzelne Kapitel der Bauverwaltung sind ebenfalls noch bei dieser Kommission in Arbeit. Die Vorlage bildet also, soweit sie sich auf Wasserbauarbeiten bezieht, eine Ergänzung des Staats. Ganz ähnlich verhält es sich mit den Positionen, welche bezüglich der Eisenbahn-Berathung vorgelegt sind, und wurde nach dieser Richtung hin auch bereits bei früheren Verhandlungen ausdrücklich darauf hingewiesen, daß eine Vorlage zu erwarten sei. Ich glaube also nicht, daß es sachgemäß wäre, diese Angelegenheit von der Budget-Kommission zu trennen, sondern glaube, daß eine sofortige sachgemäße Behandlung der Angelegenheit nur in der Budget-Kommission erfolgen könnte. Sodann will ich den Interessen des Netze Kanals nur erwidern, daß in der Vorlage ausdrück-

lich hervorgehoben ist, daß dies Projekt nicht ausgegeben ist. Wenn nun aber ein Vorredner verlangt, daß die Regierung eine bestimmte Erklärung abgeben möge, derzu folge dies Projekt im nächsten Jahre zur Ausführung gelangen müsse, so muß ich mit Bedauern darauf hinweisen, daß ein wesentlicher Hindernisgrund in der Haltung der Grundeigentümmer zu suchen ist.

Es ist nur ein einziger Grundeigentümmer, welcher der Anlage ein thätiges Entgegenkommen bewiesen hat. Dagegen haben die Meisten, auch Meliorationsgenossenschaften, lediglich aufgefordert zur unentgeltlichen Abtreitung von Grund und Boden, welche abgelehnt (Hört). Dieser ungünstigen Haltung der dabei Interessirten gegenüber ist die Regierung genöthigt worden, sich in Verhandlungen einzulassen und zu einem ähnlichen Verfahren überzugehen, wie es beim Ems-Jahde-Kanal stattfand. Ich glaube nun, daß diese Verhandlungen nach den gemachten Erfahrungen keineswegs so rasch gefördert werden können, um derartig um Abschluß gebracht zu werden, daß die zum Bau nötigen Summen im nächsten Jahre verlangt werden können. Dies war der Grund, welcher die Regierung bestimmte, diese Fonds zur Ergänzung derjenigen Positionen zu verwenden, die nicht ausreichend ausgestattet waren. Aber der Regierung liegt die Absicht fern, über dies Unternehmen den Stab zu brechen. Sie hat selbst ein lebhaftes Interesse an dessen Zustandekommen, weil sie selbst in jener Gegend Salzwerke besitzt. Wenn man auf der anderen Seite sieht, wie wesentlich mit diesen Fonds die Bauverwaltung gefördert werden könnte, so ist es nicht zweifelhaft, daß das Wort "disponibel" hier angemessene Verwendung finden würde. Genehmigt das Haus die Vorlage, so ist damit erreicht, daß die in der Vorlage erwähnten Häfen eine stärkere Dotirung im Laufe des Jahres erhalten, als im vorigen Jahre; die meisten werden sogar besser als im vergangenen Jahre ausgestattet werden. Auch ist nach eingezogenen Erfundungen anzunehmen, daß diese Summen so hoch sind, daß die erforderlichen Arbeiten mit aller Energie weiter fortgeführt werden können. Im Hause haben sich sodann Bedenken darüber erhoben, ob hier nicht eine einseitige Dotirung der Häfen erfolge, während die Flußregulirungen nur in ungenügender Weise bedacht würden. In dieser Beziehung habe ich hervor, daß vor der Fluß-Regulirungen ausgeworfenen Summe von 1.200.000 Mark noch ein Betrag aus dem 1. Quartal des laufenden Jahres zur Disposition steht. Rechnet man dazu die 900.000 M. die in dem diesmaligen Extra-Ordinarium ausgeworfen sind, so erhält man den Betrag von 3.210.000 M. für Flußregulirungen. - Wenn ferner von Einigen die Annahme der Vorlage mit einem gewissen Eifer bekämpft wird, so verkenne ich nicht, daß der Standpunkt jener Herren eine gewisse Berechtigung hat, doch wenn ein Redner sagt, daß die Regierung im Regierungsdistrikt nichts gethan habe, so ging er wohl zu weit. Ich erinnere ihn nur an die Eisenbahnen in Thorn, die unter der Staatsgarantie gebaut sind. Den Herrn Abg. Brons schließlich kann ich dahin beruhigen, daß bereits die erste Rate zum Bau des von ihm erwähnten Kanals auf dem Etat steht und, da hier von Seiten der Grundeigentümmer ein großes Entgegenkommen bewiesen wird so werden die Arbeiten zu diesem Kanal bald zur Ausführung kommen.

Ein Antrag auf Schluß der Diskussion wird angenommen und die Vorlage dem Antrage des Abg. Dr. Dohrn gemäß an die Budget-Kommission verwiesen. Hierauf geht das Haus zu den dahn zurückgesetzten beiden ersten Gegenständen der Tagesordnung über.

Der erste derselben: Dritte Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Revision - beziehlich Abänderung - der Reglemente der öffentlichen Feuerwehren, wird ohne Debatte durch Annahme erledigt.

Zum zweiten Gegenstand: dritte Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend eine Erweiterung der Verwendungsweise der den Provinzial- und Kommunal-Verbänden überwiesenen Dotationsfonds, liegt ein Antrag des Abg. Windhorst (Bielefeld) vor: Das Haus der Abgeordneten sollte beschließen: 1) den vorbezeichneten Entwurf abzulehnen, 2) denselben den einzelnen Provinzial-Landtagen zur Begutachtung vorzulegen und über das Resultat dem Landtage in seiner nächsten Session Mitteilung zu machen; ferner folgender Antrag des Abg. v. Ludwig: Das Haus der Abgeordneten sollte beschließen: Am Schlusse des Gesetzes die Worte hinzuzufügen: jedoch nicht früher, als bis die sämtlichen Landstrassen und Kommunalwege der betreffenden Provinz sich in einem den bestehenden Gesetzen entsprechenden Zustande befinden.

Abg. Dr. Wehr (Konitz) führt mit Bezug auf die Rede des Handelsministers am vergangenen Sonnabend, in welcher der derselbe betrefts der Sekundärbahnen gesagt habe: "Diese Sekundärbahnen sollen ja an Stelle der noch zu erbauenden Chausseen gebaut werden", aus, daß man zu dieser Auslassung des Ministers in der Petitions-Kommission einen ganz sonderbaren Kommentar bekommen habe. Es handelt sich da um eine Petition der Stadt Marienwerder und Umgegend, um den Bau der sogenannten rechten Weichseluferbahn, deren Notwendigkeit sowohl vor der Kommission, als auch schon vom Hause anerkannt worden sei. Die Petenten seien mittlerweile sehr befriedigt geworden und petitionieren nun, um doch etwas zu haben, um eine Sekundärbahn. Der Herr Regierungskommissar habe sich ganz ablehnend verhalten und erklärt, daß durch die gestrige Annahme des Gesetzes, betreffend die Erweiterung der Fonds der Provinzialverbände und nach § 4 des Dotationsfonds die Provinz jetzt die Bahn bauen könne. (Hört, hört!) Die Herren, welche für den Gelehrtenwurf gestimmt hätten, möchten also nochmals überlegen, ob sie denselben endgültig annehmen wollen. Man habe damit überhaupt keine Eile. Er wundert sich, wie die Staatsregierung in einer so bedrängten Session einen so wenig eiligen Gesetzentwurf überhaupt habe einbringen können. Redner hebt ferner hervor, daß er einer der Gegner der Ausführung von Chaussee-bauten in großer Menge sei, wegen der allzugroßen Unterhaltskosten; er halte es für richtiger, die Gemeinde- und Vicinalwege in gehöriger Weise auszubauen. Was die Ausführungen des Abg. Wehr anbelange, so glaube er zunächst, dieser Herr irre sich darin, daß für den von ihm angegebenen Preis Sekundärbahnen gebaut werden können, und daß man da, wo es Sekundärbahnen gäbe, nicht mit solchen klimatischen Schwierigkeiten zu kämpfen habe, wie bei uns. Die Idee sei gut, wenn sie richtig und zur Zeit ausgeführt würde. Er begrüßt mit Freuden den Antrag Windhorst (Bielefeld) und glaube, daß es in der That richtig sei, alle Provinzial-Landtage zu hören und deren Votum entgegenzunehmen; dann sei es immer noch Zeit, diesen Gesetzentwurf einzubringen; er bitte, denselben jetzt abzulehnen. (Bravo!)

Abg. Dr. Wehr (Konitz) führt mit Bezug auf die Rede des Handelsministers am vergangenen Sonnabend, in welcher der derselbe betrefts der Sekundärbahnen gesagt habe: "Diese Sekundärbahnen sollen ja an Stelle der noch zu erbauenden Chausseen gebaut werden", aus, daß man zu dieser Auslassung des Ministers in der Petitions-Kommission einen ganz sonderbaren Kommentar bekommen habe. Es handelt sich da um eine Petition der Stadt Marienwerder und Umgegend, um den Bau der sogenannten rechten Weichseluferbahn, deren Notwendigkeit sowohl vor der Kommission, als auch schon vom Hause anerkannt worden sei. Die Petenten seien mittlerweile sehr befriedigt geworden und petitionieren nun, um doch etwas zu haben, um eine Sekundärbahn. Der Herr Regierungskommissar habe sich ganz ablehnend verhalten und erklärt, daß durch die gestrige Annahme des Gesetzes, betreffend die Erweiterung der Fonds der Provinzialverbände und nach § 4 des Dotationsfonds die Provinz jetzt die Bahn bauen könne. (Hört, hört!) Die Herren, welche für den Gelehrtenwurf gestimmt hätten, möchten also nochmals überlegen, ob sie denselben endgültig annehmen wollen. Man habe damit überhaupt keine Eile. Er wundert sich, wie die Staatsregierung in einer so bedrängten Session einen so wenig eiligen Gesetzentwurf überhaupt habe einbringen können. Redner hebt ferner hervor, daß er einer der Gegner der Ausführung von Chaussee-bauten in großer Menge sei, wegen der allzugroßen Unterhaltskosten; er halte es für richtiger, die Gemeinde- und Vicinalwege in gehöriger Weise auszubauen. Was die Ausführungen des Abg. Wehr anbelange, so glaube er zunächst, dieser Herr irre sich darin, daß für den von ihm angegebenen Preis Sekundärbahnen gebaut werden können, und daß man da, wo es Sekundärbahnen gäbe, nicht mit solchen klimatischen Schwierigkeiten zu kämpfen habe, wie bei uns. Die Idee sei gut, wenn sie richtig und zur Zeit ausgeführt würde. Er begrüßt mit Freuden den Antrag Windhorst (Bielefeld) und glaube, daß es in der That richtig sei, alle Provinzial-Landtage zu hören und deren Votum entgegenzunehmen; dann sei es immer noch Zeit, diesen Gesetzentwurf einzubringen; er bitte, denselben jetzt abzulehnen. (Bravo!)

Abg. Dr. Wehr (Konitz) führt mit Bezug auf die Rede des Handelsministers am vergangenen Sonnabend, in welcher der derselbe betrefts der Sekundärbahnen gesagt habe: "Diese Sekundärbahnen sollen ja an Stelle der noch zu erbauenden Chausseen gebaut werden", aus, daß man zu dieser Auslassung des Ministers in der Petitions-Kommission einen ganz sonderbaren Kommentar bekommen habe. Es handelt sich da um eine Petition der Stadt Marienwerder und Umgegend, um den Bau der sogenannten rechten Weichseluferbahn, deren Notwendigkeit sowohl vor der Kommission, als auch schon vom Hause anerkannt worden sei. Die Petenten seien mittlerweile sehr befriedigt geworden und petitionieren nun, um doch etwas zu haben, um eine Sekundärbahn. Der Herr Regierungskommissar habe sich ganz ablehnend verhalten und erklärt, daß durch die gestrige Annahme des Gesetzes, betreffend die Erweiterung der Fonds der Provinzialverbände und nach § 4 des Dotationsfonds die Provinz jetzt die Bahn bauen könne. (Hört, hört!) Die Herren, welche für den Gelehrtenwurf gestimmt hätten, möchten also nochmals überlegen, ob sie denselben endgültig annehmen wollen. Man habe damit überhaupt keine Eile. Er wundert sich, wie die Staatsregierung in einer so bedrängten Session einen so wenig eiligen Gesetzentwurf überhaupt habe einbringen können. Redner hebt ferner hervor, daß er einer der Gegner der Ausführung von Chaussee-bauten in großer Menge sei, wegen der allzugroßen Unterhaltskosten; er halte es für richtiger, die Gemeinde- und Vicinalwege in gehöriger Weise auszubauen. Was die Ausführungen des Abg. Wehr anbelange, so glaube er zunächst, dieser Herr irre sich darin, daß für den von ihm angegebenen Preis Sekundärbahnen gebaut werden können, und daß man da, wo es Sekundärbahnen gäbe, nicht mit solchen klimatischen Schwierigkeiten zu kämpfen habe, wie bei uns. Die Idee sei gut, wenn sie richtig und zur Zeit ausgeführt würde. Er begrüßt mit Freuden den Antrag Windhorst (Bielefeld) und glaube, daß es in der That richtig sei, alle Provinzial-Landtage zu hören und deren Votum entgegenzunehmen; dann sei es immer noch Zeit, diesen Gesetzentwurf einzubringen; er bitte, denselben jetzt abzulehnen. (Bravo!)

Handelsminister Dr. Achenbach: Meine Herren, ich kann nicht begreifen, wie der Herr Vorredner aus einer Erklärung meines Herrn Kommissars eine solche Argumentation wider die gegenwärtige Vorlage herleitet will. Zunächst, wie in einer solchen Angelegenheit

lage einer Sekundärbahn auf Staatskosten, nicht darum, insoweit der Staat eine Unterstützung zu einem Unternehmen zu leisten habe, bei dem die Interessenten gewillt sind, die hauptsächlich Kosten selbst aufzubringen. Bei mir war ein Antrag, die Bahn ausschließlich auf Kosten des Fiskus auszubauen, eingereicht, und diesen habe ich abgelehnt, weil dazu in der That die Mittel des Staates nicht zur Verfügung gestellt werden konnten. Diese Thatache war meinem Herrn Kommissarius bekannt, und er bedurfte also einer bestimmten Instruktion zur Ausführung in der Kommission überhaupt nicht. Wenn bei dieser Gelegenheit von demselben auf die Unterstützung der Provinzen hingewiesen ist, so glaube ich, lag darin nichts Ungehöriges; denn die königl. Staatsregierung hat bei den verschiedensten Anlässen, wo es sich um lokale und provinzielle Interessen handelte, vielfach dem Gedanken Ausdruck gegeben, daß neben den unmittelbar berührten Interessenten auch die Bezirke und Provinzen, die an der Sache beteiligt seien, in Mitwirkung zu ziehen seien. Daß aber dieses Gesetz nach irgend einer Richtung hin die Stellung der königlichen Staatsregierung zu derartigen Anlagen ändern könnte, bestreite ich; ich wiederhole mit aller Entschiedenheit dasjenige, was ich in der vorigen Sitzung ausgesprochen habe: Dieses Gesetz soll den Staat weder belasten, noch entlasten und ich erkenne in der That keine Gefahr in der Annahme einer Gemächtigung, wonach die provinziellen Dotationsfonds für Sekundärbahnen verwendet werden können, wenn sie an Stelle der Chausseen treten. Meiner Ansicht nach wird diese Latitudine für die Provinzialverwaltung wohlthätig sein können; sie wird nicht genötigt sein, da wo Sekundärbahnen sich als zweckmäßig erweisen, eine andere Vorlage zu schaffen, die man für unzweckmäßig erachtet und zwar nur aus dem Grunde, weil die Provinz in der Verwendung der Dotationsfonds beschränkt ist. Ich kann Ihnen daher vor wie nach die Annahme des Entwurfs empfehlen und noch einmal betonen: das Gesetz berührt die Stellung des Staates zu derartigen Vorlagen überhaupt gar nicht.

Vorredner Dr. v. Windhorst (Bielefeld) spricht für seinen Antrag, daß diese Angelegenheit bald in Form eines Gesetzes geregelt erscheinen möge, wie Frankreich ja das segensreiche loi relative aux chemins de fer locaux befreit, welches die Zufüsse fixire, die der Staat zu solchen Privatbahnen zu leisten habe. Er halte es durchaus nicht für ratsam, die Vorlage abzulehnen, da in diesem Falle die darniederliegende Industrie und der Verkehr vorläufig nicht gefördert würden.

Abgeordneter Dr. v. Windhorst (Bielefeld) spricht für seinen Antrag. Obgleich er in zweiter Lesung für die Vorlage gestimmt habe und auch im Prinzip heute noch dafür sei, halte er es doch für geboten, dieselbe nochmals in den Provinzial-Landtagen eingehend zu erörtern; die Kommunikationen in den einzelnen Provinzen seien bis zum Augenblick zu ungleich entwidelt und der Staat würde bei Annahme der Vorlage sich einige Provinzen gegenüber verpflichtungen entziehen, die er gegen andere Provinzen schon erfüllt hat.

Ein Antrag auf Schluß der Diskussion wird angenommen.

In der Spezialdiskussion nimmt zu dem einzigen Paragraphen des Gesetzes zunächst das Wort

Abg. v. L. i. e. r. t: Derselbe betont, daß er einen Antrag wie den des Abg. Windhorst (Bielefeld) in diesem Hause für unmöglich gehalten habe. Er wolle dagegen Verwahrung einlegen, daß die Gesetzgebung sich den Provinzial-Landtagen unterordnen sollte. (Obol' rechts) Wenn man schon den Gesetzentwurf ablehne, dann möge man der Sache ihren eigenen Lauf lassen und den Antrag Windhorst (Bielefeld) nicht annehmen. (Sehr richtig.) Gegen den Antrag von Ludwig meint Redner, daß man hunderte von Jahren auf die Sekundärbahnen warten müsse, wenn nach diesem Antrag verfahren werden sollte; er bittet, denselben ebenfalls abzulehnen. Dem Abgeordneten Dr. Wehr wolle er bemerken, daß derselbe wahrscheinlich nur eine Sekundärbahn geben habe (Heiterkeit); er selbst, Redner, versteht von der ganzen Angelegenheit garnichts. (Sturmische Heiterkeit.) Redner erklärt, sich versprochen zu haben und

zu treten, so würde es dem Ussus des Hauses entsprechen, den Antrag der Budgetkommission zu überweisen, wogegen die Regierung ja nichts haben könnte. Wenn es aber doch erschlich sein sollte, daß auch der Weg durch die Budgetkommission zu einer Nicht-Annahme führen dürfte, so empfiehlt es sich, denselben sogleich abzulehnen. Redner führt sodann aus, wie Abg. v. Hammerstein mit Utrecht die Dotirung der evang. Behörden als eine höchst dürftige dargestellt habe. Der Beitrag der Dotationen für die evang. Kirche sei in den letzten Jahren um das dreifache gestiegen und ebenso habe auch eine Aufhebung der Gehälter der Geistlichen stattgefunden. Die Regierung schließlich könne mit dem Antragsteller nur wünschen, daß die Selbstverwaltung in den Gemeinden immer mehr Kraft gewinnen möge.

Abg. Dr. Meyer (Breslau) stellt den Antrag, über den Antrag v. Hammerstein zur einfachen Tagesordnung überzugehen.

Dieser Antrag wird abgelehnt.

Abg. Richter (Sangerhausen) spricht in längerer Rede gegen den Antrag Hammerstein, der nicht ganz durchdacht und reif sei. Man dürfe nicht die sechs östlichen Provinzen bevorzugten und die neuen mit ihren Superintendenten leer ausgehen lassen. Allerdings sei es ein großes Bedürfnis, hier etwas zu thun, aber auf ganz anderem Boden. In den beiden Westprovinzen werden die Superintendenten in den Kirchenkreisen gewählt, und der Staat könne nicht für rein kirchliche Beamte Bureaukosten bewilligen.

Abg. Frhr. v. Manteuffel begreift überhaupt nicht, wie man Nebenämter ohne besondere Remunerations freien könne. Im Übrigen bittet er, den Antrag Hammerstein an die Budgetkommission zu verweisen. Sollte der Antrag nicht durchgehen, so wolle er einen andern einreichen, dahingehend, daß die Staatsregierung aufgesfordert werde, diese Position im nächsten Etat aufzunehmen.

Abg. Dr. Wehrenpennig: Es bedurfte der Worte des Vorredners gar nicht, den Antrag an die Budgetkommission zu verweisen, dies geschehe eo ipso nach § 27 der Geschäftsordnung.

Abg. Freiherr v. Manteuffel zieht seinen Antrag zurück.

Regierungs-Kommissar Geh. Rath Lücanus tritt den Ausführungen des Abgeordneten v. Manteuffel entgegen. Das Bedürfnis sei allerdings nicht zu leugnen. Die Frage sei nur, ob der Staat die Kosten zu decken habe, oder die Kirche.

Abg. Windhorst (Meppen). Seine Stellung zu diesem Antrage habe er neulich bereits gekennzeichnet. Sobald die evangelische Kirche diese Summe für nothwendig erachtet, würde er seines Theils nicht entgegentreten.

Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen des Abg. v. Manteuffel, v. Hammerstein, Dr. Wehrenpennig wird der Antrag an die Budgetkommission verwiesen.

Zu Titel 16, Miete für Geschäftsräume und zu Bureaubedürfnissen, bittet Abg. Schröder (Königsberg), die Übersicht über diese Position im nächsten Etat klarer zu bewertet werden.

Regierungs-Kommissar Geh. Rath Lücanus verspricht dem Abg. Schröder, im nächsten Etat dafür zu sorgen.

Die nächste Debatte knüpft sich an Kapitel 118 „Bistümern und die zu denselben gehörenden Institute“. Zu Titel 1, „Bistum Ermland“, spricht sich Abg. Biesenbach gegen die Vollstreckung der Exekutivstrafen und gegen die Einreichung des Inventars der bischöflichen Bevölkerung aus. Dies Prinzip verstoße in efflatanter Weise gegen die Selbstverwaltung. Der Kulturmampf werde dadurch auf ein Gebiet gebracht, wohin er gar nicht gehört. Redner wendet sich schließlich an das Gefühl der Abgeordneten, die an der Abschaffung jener Mai-Gesetz mitgemacht hätten. Sie alle hielten nach seiner Ansicht das Institut der Exekutivstrafen für unsympathisch. Die Stellung des Ministers sei viel zu unumstrukt, er würde eher ein kollegiales Ministerium entsprechend den kollegialen Gerichten empfehlen. Der Kultusminister schicke jetzt Assessoren als Regierungskommissarien in die verwaisten Bistümer, er könnte ebenso gut Unteroffiziere dahin schicken. Bis jetzt sei der Grundsatz der Juristen Nulla poena sine criminis aufs Größtmögliche verworden. (Beispiel im Zentrum.)

Kultusminister Dr. Falck: Es scheint mir, als ob der Vorredner selbst dargelegt habe, daß die Frage nicht sehr einfach sei. Deswegen halte ich es aber auch für gut, daß diese Angelegenheit in einer Weise an das hohe Haus gelange, welche eine gründliche Prüfung der Sach ermöglicht. Dieser Weg ist bereits eingeschlagen. Denn Seitens Ihrer Petitionscommission haben die Herren Kommissarien meines Ministeriums bereits Aufforderung erhalten, an der Erörterung über diese Frage Theil zu nehmen und Materialien in dieser Sache zu sammeln. Ich bekränke mich deswegen für heute auf den Satz, über den das Hohe Haus im vergangenen Jahre mit mir einverstanden war, daß der § 58 des Gesetzes von 1875 die Befugnisse des königlichen Kommissars nicht berühre. Wir sind ferner stets der Meinung gewesen, daß diese bischöflichen Kommissarien als Staatsbeamte anzusehen seien, auch für diese Funktionen. Dieser Standpunkt ist auch neuerdings vom Gerichtshofe für kirchliche Angelegenheiten eingenommen worden, und mir ist nur ein Urtheil eines Einzelrichters bekannt, welcher eine entgegenstehende Entscheidung getroffen hat, die jedoch auch in nächster Zukunft aufgehoben werden dürfte. Sodann hat Vorredner auf die Selbstverwaltung der Gemeinden hingewiesen, und gesagt, diese werde durch solches Eingreifen der Regierungskommissare schwer geschädigt. Dem gegenüber freue ich mich, Ihnen den Erlaß des früheren Bischofs von Paderborn vom 13 Februar 1876 mittheilen zu können. (Redner verliest denselben.) Hierauf soll der Vorstand der Diözese nur dann mit dem Kommissarius in Unterhandlungen sich einlassen, wenn er mit Androhung von Gewalt-Maßregeln, wie Amts-Entzünken, dazu gezwungen wird, dann aber nicht verfehlten, einen Protest dagegen, daß der Kommissarius der hecrichtige Vertreter des bischöflichen Stuhls sei, beaufzugen. Der Appell des Vorredners an das Haus bezüglich der Selbstverwaltung der Gemeinden muß wohl unter diesen Umständen seine Wirkung verfehlen und Herr Abg. Biesenbach hat keine so schwere Anschuldigungen gegen die Regierungen angebracht, wie er wohl meinte, vorbringen zu können.

Abg. Freiherr v. Schorlemer-Alst findet, daß das Haus dem Kultusminister am meisten Beifall zolle, wenn dessen Ausführungen am wenigsten mit den Gesetzen der Logik in Einklang zu bringen seien. (Heiterkeit links.) Redner findet auch heute, daß in den Darstellungen des Ministers Widersprüche lägen und hält die Konsequenzen, die aus denselben hervorgingen, für unabsehbare. In dem Erlaß von Paderborn stehe nichts, was gegen die Freiheit und Unabhängigkeit der Gemeinde vertrüfe; wie weit die Gemeinde sich freiwillig von der Meinung ihres Bischofs abhängig machen wolle, gehe das Haus gar nichts an. (Oho! und sehr richtig!) Die qu. Strafen gegen die Kirchenvorstände könnten doch nur soweit exequirt werden, als die Gesetze es zuließen.

Abg. Dr. Lasker bedauert, daß gewisse Mitglieder des Zentrums keine Angelegenheit rein objektiv behandeln könnten, sondern immer gegen einzelne Parteien oder Personen des Hauses persönlich werden müssten. Exekutivstrafen könnten selbstverständlich nur auf Grund von Gesetzen vollstreckt werden und jede andere Strafverhängung sei hinfällig. Dem Abg. Biesenbach sei er dankbar für die objektive Behandlung der von ihm vorgetragenen Beschwerde; die Herren möchten einen darauf bezüglichen Antrag einbringen und könnten sicher sein, daß derselbe den nämlichen Erfolg haben würde, wie neulich der Antrag Reichenberger.

Abg. Dr. Gneist bemerkt, daß Petitionen in dieser Richtung vorliegen, daß die Kommission schon in die Beratung derselben eingetreten und dabei zu der Überzeugung gekommen wäre, daß dies eine äußerst schwierige Materie sei, daß die Kommission noch im Laufe der Woche zusammenentreten werde und man daher hier von solch extemporären Verhandlungen abschonen möge.

Nach Schluss der Diskussion folgen persönliche Bemerkungen des Abgeordneten Frhr. v. Schorlemer-Alst und Dr. Lasker.

Als dann vertagt sich das Haus.

Bizepräsident Kloß verliest ein inzwischen eingegangenes Schreiben, in welchem der Tod des Abg. v. Gerlach sowie ferner mitgeteilt wird, daß dessen Beerdigung am Mittwoch, den 21. d. M. Nachmittags 3 Uhr, von der böhmischen Kirche aus stattfindet.

Nächste Sitzung Dienstag 10 Uhr.

Tagesordnung: Zweite Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Theilung der Provinz Preußen; Fortsetzung der zweiten Berathung des Kultus-Etats. — Mittwoch: Beantwortung der Interpellation v. Komierowski. Schluß 4 Uhr.

Parlamentarische Nachrichten.

Berlin, 18. Februar. Die Budgetkommission hat sich seit dem 15. d. mit dem Gesetzentwurf, betreffend die Berlin-Dresden-er Bahnhof, beschäftigt und ist endlich gestern zu einem Beschlusse gekommen. Nach fast dreistündiger lebhafter Diskussion, in welcher nochmals von allen Seiten die Gründe für und wider eindringlich erörtert wurden und die Korrespondenz, die über diese Angelegenheit mit der königl. sächsischen Regierung gewechselt worden ist, zur Verlesung gelangte, wurde zunächst ein Amendment des Abgeordneten Dr. Hammacher zu § 1, welches die Publikation des Gesetzes von der Befreiung mit der sächsischen Regierung resp. der Zustimmung des Bundesraths abhängig machen wollte, eventuell angenommen, sodann aber der ganze § 1, welcher den wesentlichsten Theil des Gesetzes umfaßt, von den achtzehn anwesenden Mitgliedern der Kommission mit 10 gegen 7 abgelehnt. Der freikonservative Abg. Stengel enthielt sich der Abstimmung. Die der Fortschrittspartei und dem Zentrum angehörenden Mitglieder der Kommission und die nationalliberalen Abgeordneten Lippe und Kieschke stimmten gegen § 1, mit dessen Ablehnung der Gesetzentwurf in der Budgetkommission gescheitert ist. Man glaubt in Abgeordnetenkreisen, daß die Staatsregierung den Gesetzentwurf zurückziehen werde. Ein Regierungs-Kommissar hat in der Kommission erklärt, weil die sächsische Regierung sich konsequent weigere, in Sachen dieser Bahn den Vorstellungen Preußens gerecht zu werden, so wird Preußen eine Entscheidung des Bundesraths über den Streitfall einholen und mit der Sache schon am Montag vorgehen. Seit Bestehen des Reichs ist es das erste Mal, daß vor dem Bundesrat zwei Regierungen sich verklagen.

* Der Gesetzentwurf betreffend die Unterbringung von verwaisten Kindern in Erziehungs- oder Besserungs-Anstalten ist in der Kommission des Herrenhauses durchberaten. Es liegt ein von Professor Dernburg abgefaßter schriftlicher Bericht vor; darnach hat die Kommission zwar in ihrer überwiegenden Mehrheit die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit des Gesetzes anerkannt, dasselbe jedoch mehrfachen Aenderungen unterworfen. Die wesentlichste Aenderung bezieht sich auf die Frage, wer die Kosten für die zu treffenden Errichtungen und des Unterhalts der Pfleglinge zu tragen hat. Nach dem Regierungsentwurf sollten dieselben den Provinzialverbänden zur Last fallen. In der Kommission des Herrenhauses war man alltheit darüber einig, daß der Staat sowohl bei Errichtung der durch die Zwecke des Gesetzes erforderlichen Anstalten, als auch bei den laufenden Ausgaben sich pecuniär zu beteiligen habe. Dies ergebe sich nicht bloß aus dem allgemeinen Interesse des Staats bei den vorgeschlagenen Maßnahmen, sondern auch aus dem Umstand, daß voraussichtlich eine energische Durchführung des vorliegenden Gesetzes und die Besserung der verwaisten Bevölkerungsklassen, eine verhältnismäßige Entleerung der Gefängnisse herbeiführen und jedenfalls der weiteren Ueberfüllung derselben steuern würde. Auch sei der Tendenz, die öffentlichen Kosten wo möglich auf Kommunalverbände abzuwälzen, entgegenzutreten. Dementsprechend sind zu § 7 der Vorlage mehrfache Zusätze beschlossen worden; einerseits sollen, wenn die Errichtung von Erziehungs- und Besserungs-Anstalten befußt Ausführung dieses Gesetzes erforderlich wird, die Herstellung- und Errichtungskosten zur einen Hälfte vom Staat, zur anderen Hälfte von den vorbezeichneten Verbänden getragen werden. Ferner soll der Staat zu einem Drittel die Kosten für Unterhalt und Erziehung der Pfleglinge mittragen, während auf den Provinzialverband ein zweites Drittel und das legte dem Ortsarmenverband zur Last fällt. Der Gesetzentwurf dürfte aus dem Vorberatungssstadium während der gegenwärtigen Landtagssession kaum noch herauskommen. Von einer Durchberatung in beiden Häusern des Landtages kann füglich nicht mehr die Rede sein.

Mitglieder, von denen 27 in Posen, 2 außerhalb ihres Wohnsitzes haben. Im Jahre 1876 hielt die Bauhütte 15 Sitzungen ab, während nach den Statuten 52 Sitzungen hätten abgehalten werden sollen; die Ursache hiervon lag in der leider geringen Belebung der Mitglieder. Die Durchschnittszahl der Mitglieder in den 15 Sitzungen betrug nur 6%, und in der Zeit vom 4. April bis zum 26. Sept. fand gar keine Sitzung statt. Der Beschuß, welcher in der ordentlichen Generalversammlung am 22. Juni 1875 gefaßt wurde, vom 1. Januar 1876 ab Gesellen-Entlassungsscheine einzuführen, kommt in der posener Bauhütte leider wenig zur Ausführung, wohingegen Gefallen von außerhalb mehrfach, mit Entlassungsscheinen verliehen Arbeit suchten, um Abgang neue Entlassungsscheine verlangten. Es wird aber wünschenswerth sein, den Beschuß in Betr. der Einführung von Gesellen-Entlassungsscheinen jedenfalls auszuführen, einerseits, damit das Ehrgefühl des Arbeitsnehmers dadurch geweckt werde, andererseits, damit nach dem Grade der Thätigkeit und Fertigkeit desselben und nach seiner Führung die Höhe seines Lohnes bemessen werde. Eine nur geringe Anzahl der Lehrlinge hat an dem Unterrichte in der bestreitigen Handwerker-Fortbildungsschule Theil genommen, vornehmlich wohl aus dem Grunde, weil die Arbeitsgeber resp. Handwerkmeister ihr Augenmerk zu wenig hinauf gerichtet und die Lehrlinge zum Besuch der Schule nicht genügend angehalten haben. Innerhalb der Bauhütte ist der Lehrbrief des Verbandes der deutschen Baugewerksmeister eingeführt, und wird den Lehrlingen bei der Freisprechung der Lehrbrief eingehändigt; dieselben nehmen ihn mit sichtbarer Freude in Empfang und halten ihn in Ehren. Die Einnahme der Bauhütte betrug 550 Mk., die Ausgabe 376 Mk.; Bestand demnach 174 Mk.

Über die Vereinstätigkeit des Lokalvereins Lissa berichtet an Stelle des abwesenden Herrn Gerndt, Herr Zwickel (Kosten). Danach hat dort schon seit früherer Zeit ein Innungsverband bestanden; als derselbe in Folge der neuere Gesetzgebung einging, traten die meisten Mitglieder derselben zu einem Baugewerksverein zusammen, welcher gegenwärtig 13 Mitglieder, teils aus Lissa, teils aus Kosten und anderen Nachbarstädten, zählt. Neuerdings ist der Beschuß gefaßt worden, keinen Lehrling freizusprechen, der nicht eine praktische Prüfung abgelegt hat.

Über die Organisation der Lehrungsverhältnisse referiert Herr Asmus (Posen). Derselbe weiß zunächst daran, wie nach dem Eingehen der Maurer-Innungen und beruft auf die Einrichtung derselben durch die gemeinschaftliche Arbeits-Einstellungen befußt. Einbildung der Löhne sich die Notwendigkeit einer festen Vereinigung der Fachgenossen herausgestellt habe. Es sei seitens dieser Vereinigungen befußt, Lehrerbildung besserer Zustände insbesondere auch die Organisation der Lehrungsverhältnisse ins Auge gefaßt worden. Nachdem schon im J. 1872 beschlossen worden, Lehrlingsstammrollen einzuführen, sei die Einrichtung derselben bei der posener Bauhütte erst im Sommer 1875 erfolgt. Die Lehrlings-Stammrolle enthält Vor- und Zunamen, Geburtsjahr, den Namen des Meisters, bei welchem der Lehrling in Lehre getreten ist; beim Ausschreiben wird in der Stammrolle angegeben, ob der Lehrling bei dem betr. Meister seine Lehrzeit vollendet hat. Außerdem findt, da sich herausstellt, daß die Lehrlinge eingeführt worden. Die Lehrlinge haben vor einer Prüfungskommission eine praktische Prüfung abzulegen, um freigesprochen zu werden; bestehen sie dieselbe nicht, wie dies öfters vorgekommen, so werden sie aufgewiesen und müssen die Prüfung nochmals ablegen. Um die durch diese Einrichtungen der Bauhütte erwachsenden Kosten zu decken, sind für das Einschreiben jedes Lehrlings 6 Mark, für das Ausschreiben 12 Mark zu zahlen, welche zunächst von dem Lehrern zu entrichten sind. Dieser Betrag ist sicher nicht hoch, wenn man in Betracht zieht, daß der Gesellenverband von jedem in denselben eintretenden Gesellen 42 Mark erhebt. Seit dem Jahre 1872 sind in der angegebenen Weise im Ganzen 157 Lehrlinge eins- und 87 Lehrlinge ausgeschrieben worden, so daß der gegenwärtige Bestand an Lehrlingen ca. 70 beträgt; alle ausgeschriebene Lehrlinge hatten eine 4jährige Lehrzeit durchgemacht. — Im Anschluß hieran steht Herr Zwickel (Kosten) mit, daß auch er, so lange er Meister sei, die Lehrverträge eingeführt habe und keine Lehrlinge ohne dieselben annehmen; die Lehrzeit betrage entweder 4 Jahre ohne Lehrgeld oder 3 Jahre mit 30 Mark Lehrgeld. Jährlich lasse er durchschnittlich 12 Lehrlinge, nachdem sie eine praktische Gesellenprüfung bestanden, zu Gesellen eingeführt. Er habe sich durch die Erfahrung überzeugt, daß ohne eine solche Prüfung die Lehrungsverhältnisse nicht mehr die angestrebte Bedeutung haben.

Der Vorstehende hält hierauf einen längeren Vortrag zur Beantwortung der Frage: Welche Bedeutung hat der Provinzialverein zu wiedern Erwartungen bereit? Redner geht davon aus, daß die Anregung zu den nachstehenden Erörterungen aus der Erwähnung des Vorstandes hervorgegangen sei, die gegen seine Bedeutung lang gewordenen Zweifel zu beseitigen. Zu dem Zwecke werde es zunächst nötig sein, auf die Bedeutung des Gesamtverbandes deutlicher Baugewerksmeister zurückzugehen. Denn da der Provinzialverein integrierender Theil dieses Ganzen sei, so müsse dieses Ganze notwendig die beiden großen bewegenden Kräfte, welche den Gesamtverband mit bilden aus seiner Organisation hervorgegangenen Unterverbänden geschaffen haben, seien: das reale Bedürfnis, die gewerbegebschaftlichen Notwendigkeiten zu befriedigen, das ideale Bestreben, die Aufgabe der Gewerbeentwicklung des deutschen Baugewerbes in ihrem ganzen Umfang selbstständig zu übernehmen. Man ersehe aus der nicht gerade freundschaftlichen Natur dieser beiden Kräfte, welche berufen seien, gemeinsam die neuen Vereinigungsgebilde hervorzubringen und weiter zu entwickeln, daß auf diese Weise wieder einmal dafür georgt sei, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Aber schon darin liege die unzweifelhafte Bedeutung des Provinzialvereins, daß er seine Mitglieder veranlaßt diejenigen Fragen, welche ihr gewerbliches Interesse in hervorragender Weise erregen, zur Erörterung zu bringen. Trotz bedeutender Leistungen einzelner Baugewerksmeister sei die Bedeutung des Standes an sich keine hohe, da derseits seine Aufgabe, zur Lösung der sozialen Frage, d. h. vornehmlich zur Beantwortung der Verhältnisse der Volksklassen, welche aus der Hand leben, und zu denen der Stand der Baugewerksmeister in den nächsten Beziehungen steht, beizutragen, nicht erfüllt habe. Wenn man sich die Frage vorlege, ob der Stand als solcher die Aufgabe der Lehrungs-Erziehung so erfülle, daß aus den Lehrlingen selbstständig Berufs-Gesellen gebildet werden, müsse man diese Weise wieder einmal fürchtet, daß er seine Mitglieder veranlaßt diejenigen Fragen, welche ihr gewerbliches Interesse in hervorragender Weise erregen, zur Erörterung zu bringen. Trotz bedeutender Leistungen einzelner Baugewerksmeister sei die Bedeutung des Standes an sich keine hohe, da derseits seine Aufgabe, zur Lösung der sozialen Frage, d. h. vornehmlich zur Beantwortung der Verhältnisse der Volksklassen, welche aus der Hand leben, und zu denen der Stand der Baugewerksmeister in den nächsten Beziehungen steht, beizutragen, nicht erfüllt habe. Wenn man sich die Frage vorlege, ob der Stand als solcher die Aufgabe der Lehrungs-Erziehung so erfülle, daß aus den Lehrlingen selbstständig Berufs-Gesellen gebildet werden, müsse man diese Weise wieder einmal fürchtet, daß er seine Mitglieder veranlaßt diejenigen Fragen, welche ihr gewerbliches Interesse in hervorragender Weise erregen, zur Erörterung zu bringen. Trotz bedeutender Leistungen einzelner Baugewerksmeister sei die Bedeutung des Standes an sich keine hohe, da derseits seine Aufgabe, zur Lösung der sozialen Frage, d. h. vornehmlich zur Beantwortung der Verhältnisse der Volksklassen, welche aus der Hand leben, und zu denen der Stand der Baugewerksmeister in den nächsten Beziehungen steht, beizutragen, nicht erfüllt habe. Wenn man sich die Frage vorlege, ob der Stand als solcher die Aufgabe der Lehrungs-Erziehung so erfülle, daß aus den Lehrlingen selbstständig Berufs-Gesellen gebildet werden, müsse man diese Weise wieder einmal fürchtet, daß er seine Mitglieder veranlaßt diejenigen Fragen, welche ihr gewerbliches Interesse in hervorragender Weise erregen, zur Erörterung zu bringen. Trotz bedeutender Leistungen einzelner Baugewerksmeister sei die Bedeutung des Standes an sich keine hohe, da derseits seine Aufgabe, zur Lösung der sozialen Frage, d. h. vornehmlich zur Beantwortung der Verhältnisse der Volksklassen, welche aus der Hand leben, und zu denen der Stand der Baugewerksmeister in den nächsten Beziehungen steht, beizutragen, nicht erfüllt habe. Wenn man sich die Frage vorlege, ob der Stand als solcher die Aufgabe der Lehrungs-Erziehung so erfülle, daß aus den Lehrlingen selbstständig Berufs-Gesellen gebildet werden, müsse man diese Weise wieder einmal fürchtet, daß er seine Mitglieder veranlaßt diejenigen Fragen, welche ihr gewerbliches Interesse in hervorragender Weise erregen, zur Erörterung zu bringen. Trotz bedeutender Leistungen einzelner Baugewerksmeister sei die Bedeutung des Standes an sich keine hohe, da derseits seine Aufgabe, zur Lösung der sozialen Frage, d. h. vornehmlich zur Beantwortung der Verhältnisse der Volksklassen, welche aus der Hand leben, und zu denen der Stand der Baugewerksmeister in den nächsten Beziehungen steht, beizutragen, nicht erfüllt habe. Wenn man sich die Frage vorlege, ob der Stand als solcher die Aufgabe der Lehrungs-Erziehung so erfülle, daß aus den Lehrlingen selbstständig Berufs-Gesellen gebildet werden, müsse man diese Weise wieder einmal fürchtet, daß er seine Mitglieder veranlaßt diejenigen Fragen, welche ihr gewerbliches Interesse in hervorragender Weise erregen, zur Erörterung zu bringen. Trotz bedeutender Leistungen einzelner Baugewerksmeister sei die Bedeutung des Standes an sich keine hohe, da derseits seine Aufgabe, zur Lösung der sozialen Frage, d. h. vornehmlich zur Beantwortung der Verhältnisse der Volksklassen, welche aus der Hand leben, und zu denen der Stand der Baugewerksmeister in den nächsten Beziehungen steht, beizutragen, nicht erfüllt habe. Wenn man sich die Frage vorlege, ob der Stand als solcher die Aufgabe der Lehrungs-Erziehung so erfülle, daß aus den Lehrlingen selbstständig Berufs-Gesellen gebildet werden, müsse man diese Weise wieder einmal fürchtet, daß er seine Mitglieder veranlaßt diejenigen Fragen, welche ihr gewerbliches Interesse in hervorragender Weise erregen, zur Erörterung zu bringen. Trotz bedeutender Leistungen einzelner Baugewerksmeister sei die Bedeutung des Standes an sich keine hohe, da derseits seine Aufgabe, zur Lösung der sozialen Frage, d. h. vornehmlich zur Beantwortung der Verhältnisse der Volksklassen, welche aus der Hand leben, und zu denen der Stand der Baugewerksmeister in den nächsten Beziehungen steht, beizutragen, nicht erfüllt habe. Wenn man sich die Frage vorlege, ob der Stand als solcher die Aufgabe der Lehrungs-Erziehung so erfülle, daß aus den Lehrlingen selbstständig Berufs-Gesellen gebildet werden, müsse man diese Weise wieder einmal fürchtet, daß er seine Mitglieder veranlaßt diejenigen Fragen, welche ihr gewerbliches Interesse in hervorragender Weise erregen, zur Erörterung zu bringen. Trotz bedeutender Leistungen einzelner Baugewerksmeister sei die Bedeutung des Standes an sich keine hohe, da derseits seine Aufgabe, zur Lösung der sozialen Frage, d. h. vornehmlich zur Beantwortung der Verhältnisse der Volksklassen, welche aus der Hand leben, und zu denen der Stand der Ba

solle, zum Austrage bringen könne. — Im Anschluß an diesen Vortrag hebt Herr Izaakiewicz die Nothwendigkeit hervor, daß inzwischen, daß der Staat das Vertrags-Verhältniß, welches für denselben nur das zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist, anerkenne und demgemäß die betreffende Gesetzgebung ändere. — Herr Braušnič erklärt sich hiermit einverstanden und findet in der Anregung einen Theil der Bedeutsamkeit und der Wirklichkeit des Provinzialvereins.

Herr Izaakiewicz referirt alsdann über die vom Vorstande des Provinzialvereins eingebrochenen Anträge, welche mit einigen kleinen Abänderungen durch die in der Vorversammlung gewählte Kommission von der Versammlung angenommen wurden. Danach werden zunächst einige Bestimmungen des Vereins-Statuts geändert. Es sind ferner folgende Anträge von dem Vorstande eingebrochen worden, welche von der Versammlung unverändert angenommen werden. Sie lauten: „Der Baugewerkstag des Posenschen Provinzial-Baugewerk-Vereins“ wolle beschließen, folgende Anträge auf der diesjährigen zu Frankfurt a. M. statthabenden Delegirten-Versammlung zur Beschlusshaltung einzubringen: 1. Jeder auf der Tages-Ordnung einer Delegirten-Direktions- oder Kommissions-Versammlung befindliche Antrag muß in der betreffenden Versammlung zur Leitung gelangen. 2. Die Reise-Entschädigung für die Delegirten, die Direktions-Mitglieder und die Mitglieder der vom Verbande Deutscher Baugewerks-Meister beaufsichtigten Kommissionen, sind nicht von den einzelnen Provinzial- oder Volks-Vereinen, sondern von der Kasse des Verbandes Deutscher Baugewerks-Meister zu zahlen und von der Direktion des Verbandes, nach den von der Delegirten-Versammlung festzustellenden Tarifzäsuren, der Zahlung an die Verbandskasse anzuseilen. 3. Der geschäftsführende Ausschuß des Verbandes Deutscher Baugewerks-Meister ist verpflichtet, den amtlichen Bericht mit den Provinzial und Volks-Vereinen nur durch Vermittelung der betreffenden Vereins-Vorsitzenden zu führen. 4. Der geschäftsführende Ausschuß ist verpflichtet, die Herren Delegirten, Direktions- und Kommissions-Mitglieder durch persönlich an sie zu richtende Einladungsschreiben, spätestens 8 Tage vor den stattfindenden Sitzungen zu denselben einzuladen. — Der Baugewerkstag wolle ferner beschließen: Der Delegirte des posenschen Provinzial-Baugewerk-Vereins ist ermächtigt, obige Anträge auf der Delegirten-Versammlung, theilsweise oder im Ganzen durchzuführen.“

Der achte Gegenstand der Tagesordnung: Anträge des sogenannten Vorsitzenden und anderer Vereine für die diesjährige Delegirtenversammlung wird abgesetzt, da derartige Anträge dem Vereine nicht bekannt sind. — Unter Gegenstand 9) der Tagesordnung: Besondere Anträge, stellt Herr Ballmann (Posen) den Antrag auf Dechargeerteilung für die vorjährige Rechnung. Dieser Antrag findet seine Erledigung bei dem nächsten Gegenstande der Tagesordnung.

Die Rechnungen pro 1875/76 und 1876/77 sind durch die Rechnungsrevisionskommission revidiert worden, in deren Namen Herr Izaakiewicz berichtet. Seitens der Versammlung wird demgemäß die Decharge ertheilt.

Als Ort für den nächsten Baugewerkstag wird wiederum Posen gewählt.

Aus dem Vorstande, welcher bisher aus den Herren Braunsbach, Stammer, Weiche, Negendank, Ballmann, Wegner (sämtlich aus Posen), Tyroff (Gnesen), Izaakiewicz (Kosten) bestand, sind nach dem Statut zwei Mitglieder auszulösen. Herr Braunsbach beantragt, nur ein Mitglied auszulösen und ihn ohne Auslösung ausscheiden zu lassen, da es ihm scheine, als habe er bei der Geschäftsführung nicht mehr die Majorität des Vereins für sich. Nachdem jedoch mehrere Mitglieder in dieser Beziehung beruhigende Erklärungen abgegeben, und die hohen Verdienste des Herrn Braunsbach um den Provinzialverein hervorgehoben, zieht derselbe seinen Antrag zurück. Es werden darauf ausgelöst die Herren Negendank (Kassirer) und Wegner. Da Herr Negendank eine Wiederwahl abgelehnt hat, so wird an dessen Stelle zum Kassirer Herr Wittthuhn gewählt und Herr Wegner wiedergewählt.

Es wird ferner beschlossen, einen Delegirten zu der diesjährigen Delegirten-Versammlung zu Frankfurt a. M. zu entsenden, und für denselben eine Reise-Entschädigung von 180

Zum Delegirten für den Verband deutscher Baugewerksmeister wird Herr Gerndt (Pissa), zum Mitgliede der Direktion des Verbandes deutscher Baugewerksmeister Herr Braunsbach gewählt.

Hiermit war die Tagesordnung des zweiten Baugewerkstages 5 Uhr Nachmittags erledigt. Den Schluß desselben bildete ein Diner in Schaffenberg's Hotel, welches 6 Uhr Abends begann.

Die Verdigung des Garnison-Verwaltungs-Direktors Ortel fand gestern Nachmittag von der Leichenhalle des Militär-Pazareths aus auf dem Militärhof statt. Dem Sarge voran wurden die Orden des Verstorbenen getragen. Den Hinterbliebenen hatte sich ein zahlreiches Offizier-Corps der hiesigen Truppenteile mit dem Kommandanten, Generalmajor von Busse, die Militärbürokratie der Garnison, sowie ein zahlreicher Freunde-Kreis aus dem Zivilstande angeschlossen, um dem Verstorbenen ihre Achtung zu bezeigen. Die Trauer-Musik war vom Leib-Husaren-Regiment gestellt.

Die Grabrede wurde vom Militär-Ober-Pfarrer, Konfessorial-Rath gehalten. — Über den Lebensgang des Verstorbenen sei noch angeführt: Der Verbliebene wurde zu Dresden geboren, im Pädagogium Schulpforta erzogen, trat 1831 in den Militär- und 1842 in den Militär-Verwaltungsdienst ein, 1863 wurde er Ober-Inspektor der Garnisonverwaltung, als welcher er später den Titel Director erhielt. Außerdem sind seine Verdienste im Staatsdienste durch Verleihung des Titels Rechnungs-Rath, des Roten Adler-Ordens und des königl. Kronen-Ordens anerkannt worden.

Aus dem Gerichtsaal.

Posen, 19. Februar. [Schwurgericht] Am Sonnabend kam nach Beendigung der Verhandlung gegen Buszkiewicz und Schneider noch eine Anklage gegen den Schuhmacher Bienniakowski aus Stettin zur Verhandlung. Der Angeklagte war der vorläufigen Brandstiftung in drei Fällen beschuldigt. Bevor jedoch zur Bildung des Schwurgerichts geschritten werden konnte, wurde, da Zweifel an der Berechnungsfähigkeit des Angeklagten angeregt worden waren, Medizinalrath Dr. Gall verhören, dessen Gutachten dahin ging, daß er den Angeklagten zwar für einen äußerst beschränkten Menschen aber nicht für durchaus unrechnungsfähig erklärte. Nachdem darauf dem Angeklagten noch einige Fragen vorgelegt worden waren, beschloß der Gerichtshof auf Antrag des Staatsanwaltes die Sache zu vertagen. — Heute begannen die Verhandlungen gegen den Bäcker und Glaser Mordeke Meyer Bienniakowski und die Schneiderfrau Chindel Straszky, welche zwei Tage in Aussicht genommen sind. Die beiden Angeklagten, welche sich schon über ein Jahr in Untersuchungshaft befinden, sind des niederböten Strafvertrags beschuldigt, welche sie in einem Hause in der Weise ausführten, daß sie sich von einem Bauern ein Kuhwerk mieteten, denselben unterwegs durch Verabreitung von Getränken weitwiderstandlos machten, daß ihnen demnächst das Gewalttätsche herabwerfen nicht mehr schwer werden konnte und sich dann mit dem Fuhrwerke auf und davon machten.

Berlin, 17. Febr. Vor dem Injurienrichter des hiesigen Kriminalgerichts stand heute Mittag der erste Termin in dem von dem Reichstagssabordneten von Kardorff gegen Herrn von Dietst. Dabey aus Anlaß des vielbesprochenen Renkontres zwischen beiden angestrengten Injurienproces statt. In seiner bekannten Brochüre hatte v. Dietst die Bebauung aufgestellt, zwei preußische Ravalier hätten für ihre Dienste bei der Central-Bodencreditbank Trintgelder im Betrage von 30—60,000 Thlr. erhalten. Zu einer bestimmten Erklärung gebrängt, machte v. Dietst Ausführungen, die Herr v. Kardorff auf sich beziehen zu müssen glaubte, und als demnächst v. Dietst im Foyer des Reichstags einen Besuch abstattete, ließ ihn v. Kardorff durch einen

Dienner hinausweisen. Bald darauf veröffentlichte v. Dietst eine Erklärung, Inhalts deren in seiner Angelegenheit mit dem Richter v. Kardorff ein Ehrenrat zusammgetreten und den Letzteren für nicht satisfactionfähig erklärt habe. Die „Post“ hatte einige dieser Erklärungen v. Dietst veröffentlicht, und war Herr v. Kardorff gegen den Redakteur genannter Zeitung, Dr. Käyler, sowie gegen v. Dietst flagbar geworden, indem er sowohl den Empfang von „Trintgeldern“, sowie den Zusammentritt des Ehrenrats befrette. — Im heutigen Termine erschien für den Kläger der Justizrat Primker, seitens der Verfolgten Dr. Käyler, während v. Dietst beim Aufruf fehlte. Auf Antrag des Herrn Dr. Käyler wurde der Termin versetzt, um den beiden Verfolgten Gelegenheit zu geben, die Klagebeantwortung gemeinschaftlich einzureichen, und außerdem beschloß der Richter auf Antrag des Vertreters des Klägers, von dem Generalkommando des 2. Armeekorps in Stettin eine amtliche Auskunft über den angeblichen Zusammentritt des Ehrenrats einzufordern.

Staats- und Volksmirthschaft.

=
Bahnbau Posen-Wolgard. Die Bahnbau-Angelegenheit ist durch Beginn der eigentlichen Grunderwerbs-Verhandlungen in ein neues Stadium gerückt. In Doborn fand bereits vor Kurzem ein erster Termin statt, in welchem auch zwischen den Interessenten und der Bauverwaltung gültige Einigung, bis auf zwei Ausnahmen, erreicht wurde, so daß dort bereits das Bahnterrain eingesteint werden kann, vor Allem aber den Grundbesitzer Kauf- und Entschädigungsgelder unverzüglich gezahlt werden können. Die beiden erwähnten Ausnahmen betreffen die Ländereien der Propstei, für welche der Kirchenvorstand die Enteignung prinzipiell wünschte, und ein Grundstück an der Warthe, dessen Wert durch eigenhümliche lokale Verhältnisse in der That verschiedene Schätzungen erklärlich macht. Im Allgemeinen bildet übrigens der Grunderwerb, wiewohl eifrig vorbereitet, kein Hindernis für den Bauanfang, da fast alle Besitzer in richtiger Erkenntnis ihres und des allgemeinen Interesses Bauerlaubnis geben. Da durch die Bauerlaubnis ein Grundbesitzer seines eigenen Rechtes aus der Hand giebt und ihm vom Tage der Besitznahme des Terrains durch die Bauverwaltung die später gültig oder im Enteignungsverfahren normierte Kaufsumme mit 5 vom Hundert verzinst wird, so war es bei der Intelligenz der in Frage kommenden Interessenten allerdings zu erwarten, daß dieselben nicht den Bau nutzlos hinauszögern würden. So haben denn in der That nur 5 Bauern bei Parkowo, die Jerzycer Grundbesitzer und ein Rittergutsbesitzer in der Nähe von Zlotnik, versucht, durch Verweigerung der Bauerlaubnis den Bauanfang zu verzögern. Glücklicher Weise liegt es jedoch in der Baubehörung begründet, daß eine wirkliche Verzögerung nicht stattfindet, da bis zum Bauanfang an diesen Stellen selbst das Enteignungsverfahren beendet sein würde.

Den Bau selbst betrifft, so haben wir bereits früher berichtet, daß die Warthebrücke bei Doborn in Angriff genommen sei. Der Winter hatte natürlich eine Einstellung dieser Arbeiten nötig gemacht und können dieselben auch nicht eher aufgenommen werden, als die vorgerücktere Jahreszeit Sicherheit gegen Frost, Hochwasser und ähnliche Zwischenfälle bietet, welche eine abermalige Unterbrechung bedingen. Die Erdarbeiten am rechten Wartheufer konnten jedoch langsam und stetig fortgesetzt werden, da der dort vorhandene Sandboden weniger Rücksichtnahme auf die Witterung verlangt. Am linken Wartheufer, wo ein langer hoher Damms das Uferstuhungsgebiet der Warthe durchschneidet wird, zu dem das Schüttungsmaterial aus einem tiefen und langen Einschnitt in schwerem, thonigen Boden gewonnen werden muß, wurde noch nicht begonnen, um erst mildes Wetter abzuwarten. Wie wir erfahren, hat der Bauunternehmer F. Engel aus Salzburg, der die fragliche Arbeit ausführen wird, nunmehr Karren, Böhlen und Geräth angefahren und wird die Arbeit bereits jetzt soweit ausführen, daß der spätere nothwendige Betrieb mit Maschinen, sobald auf dauernd frostfreies Wetter zu rechnen ist, sofort eingerichtet werden kann. In der Nähe von Posen wird auch bei Golencin im April mit den Erdarbeiten anfangen.

* **Berlin**, 19. Februar. Wochenübersicht der Reichsbank vom 15. Februar.

Aktiva.

1) Metallbest. (der Bestand an coursähigem deutschen Gelde und an Gold in Barren oder ausländ. Münzen) das Pfund sein zu 1392 M.	Mit 550,069,000 Abn. 4,497,000
2) Bestand an Reichskassenscheinen	45,326,000 Abn. 539,000
3) Bestand an Noten anderer Banken	20,315,000 Abn. 1,224,000
4) Bestand an Wechseln	341,305,000 Abn. 18,718,000
5) Bestand an Lombardsforderungen	48,405,000 Abn. 981,000
6) Bestand an Effetten	2,509,000 Abn. 1,917,000
7) Bestand an sonstigen Aktiven	22,657,000 Abn. 1,871,000

Passiva.

8) das Grundkapital M.	120,000,000 unverändert.
9) der Reservesfonds	12,000,000 unverändert.
10) der Betrag der umlaufenden Noten	692,639,000 Abn. 15,311,000
11) die sonstigen tägl. fäll. Verbindlichkeiten	159,850,000 Abn. 6,900,000
12) die an eine Kündigungfrist gebundenen Verbindlichkeiten	35,218,000 Abn. 30,000
13) die sonstigen Passiva	1,325,000 Abn. 482,000

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen. Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten.

Altona, 19. Februar. Nach dem nunmehr festgestellten offiziellen Resultate der Nachwahl im 8. schleswig-holsteinischen Wahlkreise erhält Prof. Karsten (Fortschr.) 13,092, der Sozialdemokrat Hartmann 13,156 Stimmen, 116 Stimmen waren zerstreut. Es ist demnach eine engere Wahl erforderlich, welche auf den 1. März anberaumt ist.

Bukarest, 18. Febr. Zwischen dem Finanzminister und biegsigen Bankiers ist eine Verhandlung im Gange und eine Übereinkunft bevorstehend für die Zahlung des fällig werdenden Kupons der rumänischen Eisenbahnen. — Es sind hier seitens eines Kommissionärs mit unserer Regierung Verhandlungen versucht worden, welche einen Verlauf der rumänischen Eisenbahnen an den Staat beziehen sollen. Seitens der Gesellschaftsorgane der rumänischen Eisenbahn liegen jedoch Mitteilungen vor, wonach Niemand seitens derselben irgend welches Mandat zu derartigen Verhandlungen erhält.

Rom, 19. Februar. Prinz Karl von Preußen ist heute hier eingetroffen und am Bahnhofe von Rom auf dem Kronprinzen Humbert, dem deutschen Botschafter von Kaudell, und den Söhnen der Behörden empfangen worden.

B. Heilbronn's Salon - Theater.

Täglich Vorstellung und Concert.

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 19. Februar. Fest und ziemlich belebt. [Schlusscourse.] Londoner Wechsel 204,60. Pariser Wechsel 81,40. Wiener Wechsel 161,60. Böhmisches Westbahn 138,5. Elisabethbahn 109. Galizier 173,1. Franzosen 198,1. Lombarden 64,1. Nordwestbahn 92,5. Silberrente 55,1. Papierrente 51,1. Russische Bodenfond 79,1. Russen 1872 83. Amerikaner 1885 101,1. 1860er Jahre 98,1. 1864er Jahre 259,0. Kreditaktien 122,1. Österreich. Nationalbank 692,0. Darmst. Bank 100,1. Berliner Bank 91,1. Frankfurter Wechselbank —. Österreich-deutsche Bank —. Meiningen Bank 71,1. Hen. Ludwigsbahn 95. Oberhessen —. Ung. Staatsloose 135,00. Ung. Schatzanze 182,1. Goldrente 60,1. Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 122,1. Franzosen 199,1. 1860er Jahre 98,1. Galizier —. Reichsbank —. Goldrente —.

*) per medio resp. per ultimo.

Aberl's Effekten-Societät. Kreditaktien 122,1. Franzosen 188,1. Lombarden 64,1. Silberrente —. Papierrente —. Goldrente 60,1. Galizier —. Reichsbank —. Nationalbank —. Ungarische Staatsloose —. Fest.

Wien, 19. Februar. Die hohen Berliner Course veranlaßten Deckungskäufe, Kreditaktien steigend, Bahnen teilweise besser, besonders Franzosen. Eisenbahn gefragt. Devisen Anfangs preishaltend, zum Schluß stark angeboten. [Schlusskurse.] Papierrente 62,85. Silberrente 68,10. 1854er Jahre 105,00. Nationalbank 834,00. Nordbahn 1805,00. Kreditaktien 149,10. Franzosen 240,75. Galizier 211,00. Kasch-Aderberg 85,00. Bardubitzer —. Nordwestb. 113,50. Nordwestb. Lit. B. —. London 123,90. Hamburg 60,20. Paris 49,05. Frankfurt 60,20. Amsterdam 102,25. Böh. Westbahn —. Kreditlose 162,75. 1860er Jahre 109,50. Lomb. Eisenb. 78,00. 1864er Jahre 134,50. Unionbank 53,00. Anglo-Austr. 73,90. Napoleon 9,86. Dukaten 5,90. Silbercou. 114,30. Elisabethbahn 132,50. Ung. Brämenanl 71,00. Marknoten 60,63,1. Türkische Jahre 17,20. Goldrente 74,10.

Wien, 19. Februar. Abendbörsen. Kreditaktien 149,10. Franzosen 241,00. Lombarden 78,00. Galizier 210,75. Anglo-Austr. 74,00. Silberrente —. Papierrente 63,00. Goldrente 74,10. Marknoten 60,25. Nationalbank —. Napoleon 9,87. Fest bei geringem Geschäft.

Paris, 19. Februar. Fest und belebt. [Schlusskurse.] Papierrente 62,85. Silberrente 68,10. 1854er Jahre 105,00. Nationalbank 834,00. Nordbahn 1805,00. Kreditaktien 149,10. Franzosen 240,75. Galizier 211,00. Kasch-Aderberg 85,00. Bardubitzer —. Nordwestb. 113,50. Nordwestb. Lit. B. —. London 123,90. Hamburg 60,20. Paris 49,05. Frankfurt 60,20. Amsterdam 102,25. Böh. Westbahn —. Kreditlose 162,75. 1860er Jahre 109,50. Lomb. Eisenb. 78,00. 1864er Jahre 134,50. Unionbank 53,00. Anglo-Austr. 73,90. Napoleon 9,86. Dukaten 5,90. Silbercou. 114,30. Elisabethbahn 132,50. Ung. Brämenanl 71,00. Marknoten 60,63,1. Türkische Jahre 17,20. Goldrente 74,10.

Produkten-Börse.

Berlin, 19. Februar. Wind: W. Barometer: 28,2. — Thermometer 4° R. Witterung: Schön.
Weizen loto per 1000 Kilogr. M. 195—235 nach Dual. gef., per diesen Monat —, per April-Mai 225,00—226,5—226,00 bez., per Mai-Juni 225,00—226,5—226,00 bez., per Juni-Juli 225,5—226,5—226,00 bez. — Roggen loto per 1000 Kilogr. 156—184 nach Qualität gef., russischer 162 bis 163 ab Boden bez., neuer do. 156—165 bez., inländischer 176 bis 184 ab Bahn bez., def. u. russ. — bez., per diesen Monat 162,00 bez., per Februar-März do., per April-Mai 163,5—164,00 bez., per Mai-Juni 161,5—162,00 bez., per Juni-Juli 160,5—161,5—161,00 bez. — Gerste loto per 1000 Kilogramm M. 120—183 nach Qualität gef. — Hafer loto per 1000 Kilogr. 120—168 nach Dual. gef., ost- und westpreuß. 135—155, russischer 125—150, neudr. pommerscher 160—163, neuer schles. 153—163, galiz. —, böhm. 155—163, ungar. 139—140 ab Bahn bez., per diesen Monat — bez., per April-Mai 151,00 bez., per Mai-Juni 155,00 bez., per Juni-Juli 156,00 bez., per Juli-August 153,00 bez. — Erbsen per 1000 Kilogr. Kochwaare 150—186 nach Qualität, Futterwaare 135—147 nach Dual. — Raps per 1000 Kilogr. — Nüsse. — Leinöl loto per 100 Kilo 100 Kilo ohne Fass 60,00 M. — Rübbel per 100 Kilogr. loto ohne Fass 73,00 bez., mit Fass —, per diesen Monat 72,5 bez., per Februar-März do., per April-Mai 72,5 bez., per Mai-Juni 71,5 bez., per Juni-Juli — bez., per September-Oktober 67,5 bez., per Oktober-November — bez. — Petroleum (raff.) (Stand. white) per 100 Kilogr. mit Fass loto 39,00 bez., per diesen Monat 33,8—34,5—34,00 bez., per Februar-März 30,5—31,00 bez., per März-April — bez., per April-Mai 31,00—31,5 bez. — Spiritus per 100 Liter a 100 p.Ct. loto ohne Fass 54,6 bez., loto mit Fass —, per diesen Monat 55,5 nom., per Februar-März do.,

per März-April — per April-Mai 56,6—56,8 bez., per Mai-Juni 56,9—57,1 bez., per Juni-Juli 57,9—58,00 bez., per Juli-August 58,4—59,2—59,1 bez., per August-September 59,4—59,6 bez. — Mais per 1000 Kilo loto neuer 125—131 bezahlt, alter 131—138 nach Dual. gef., neuer ungarischer 133, neuer Mold. 129,5 ab Bahn bez., alter do. — Roggenmehl Nr. 0. und 1. per 100 Kilogramm Brutto int'l. Sack per diesen Monat 23,35—23,40 bez., per Februar-März 23,15—23,15 bez., per April-Mai 23,15—23,10 bez., per Juni-Juli 23,20 bez. — Weih. Nr. 0. 29,00—27,00, Nr. 0. und 1. 27,00—26,50, Roggenmehl Nr. 0. 26,00—24,00, Nr. 0. und 1. 23,50—22,50 per 100 Kilo Brutto int'l. Sack. (B. u. G.B.)

Stettin, 19. Februar. An der Börse. (Amtlicher Bericht.)

Weiter: bewölkt. + 7 Grad R. Barometer: 28,5. Wind: SW.

Weizen wenig verändert, per 1000 Kilo loto gelber 175—207 M., feiner 210—217 M., per Frühjahr 222,5—222 M. bez., per Mai-Juni 224 M. bez., per Juni-Juli 226,5 M. bez., per Juli-August 228 M. bez. — Roggen behauptet, per 1000 Kilo inländischer 180—184 M., russischer alter 155—158 M., neuer 158—163 M., per Frühjahr 158,5 bis 157,5—158 M. bez., per Mai-Juni 157,5 M. bez., per Juni-Juli do. — Gerste ohne Handel, per 1000 Kilo loto Malz 158—167 M., Futter 125—135 M. — Hafer unverändert, per 1000 Kilo loto 120—158 M., per Frühjahr 153 M. Br. u. Gd. — Erbsen stille, per 1000 Kilo loto Futter 142—148 M., Koch 150—154 M., per Frühjahr 147 M. bez., Winterrüben geschäftlos, per 1000 Kilo per Sept. Oktober 304 M. G. — Rübbel niedriger, per 100 Kilo loto ohne Fass flüssiges 73,5 M. Br., per Februar-März 72 M. Br., per September-Oktober 67 M. Br. — Spiritus fester, per 10,000 Liter Preis loto ohne Fass 54 M. bez., per Februar-März 54,5 M. bez., per Frühjahr 55,4—55,7—55,5 M. bez., Br. und Gd., per Mai-Juni 56,4—56,5 56,4 M. bez., per Juni-Juli 57,3—57,4 M. bez., per Juli-August 58

M. Gd., per August-September 58,6 M. Gd. — Angemeldet: nichts.

— Regulierungspreis für Kündigungen: Rübbel 72 M., Spiritus 55,5 M. — Petroleum fester, loto 15,75—15,9—16 M. bez., Regulierungspreis 15 M., per Februar-März 14,5 M. bez., 15 M. Br.

Breslau, 19. Februar. Amtlicher Produktenbörsen-Bericht. Kleefsaat rothe matt, ord. 45—52, mittel 55—62, fein 65 bis 72 hochf. 75—78. — Kleefsaat weiße flau, ord. 45—56, mittel 60—65 fein 68—72, hochf. 75—83. — Roggen (per 2000 Kilo) geschäftlos. Gef. — Etr. — Abgel. Kündigungssch. —, per Februar u. per Febr.-März 152 Br., per März-April —, per April-Mai 157,00 Br. u. Gd., Mai-Juni 160 Br., per Juni-Juli —. Weizen 198 Br., April-Mai 208 Br., per Mai-Juni —, per Juni-Juli —. Gekündigt — Etr. — Hafer 133 Br., per April-Mai 138 Brief, per Mai-Juni 142 Geld. Gekündigt — Gentner. — Raps 330 Br. Gekündigt — Etr. — Rübbel matter. Gef. — Etr. Loto 72,00 Br., Febr. u. Febr.-März 70 bez., 70,50 Br., März-April —, April-May 70 Br., Mai-Juni 70,50 Br., 70 G. Sept.-Okt. 66 Br. — Spiritus steigend. Get. 10,000 Liter, loto 52,00 Br., 51,00 Gd. Februar u. Febr.-März 52,70 bez., 53 Gd., März-April —, April-May 54—54,20 bez. u. Br., Mai-Juni —, Juli-August 56,50—57,00 bez. Bink: Ruhig. (B. u. G.B.)

Die Börsen-Kommission.

Berlin, 19. Februar. Der gestrige Privatverkehr ist bei sehr kleinem Geschäft recht fest verlaufen, nur Rheinisch-Westfälische Eisenbahn-Aktien blieben gedrückt. Heute segnet die internationalen Spiel-papiere sofort bedeutend über die Sonnabends-Kurse ein; Franzosen und Kredit-Aktien traten an die Spitze der steigenden Bewegung und stellten sich schnell 4—5 M. über Sonnabend. Ebenso waren Laura-hütte-Aktien etwa 1½ Prozent höher und ziemlich lebhaft, fremde Renten und Anleihen sehr fest, jedoch ohne regere Bewegung. Als Grund gab man vorzugsweise die Käufe eines großen Spekulanten an; neue politische Nachrichten von Bedeutung lagen nicht vor und die politische Lage blieb unbeachtet. Doch trat bereits gegen die Mitte der Börsenzeit eine kleine Abschwächung ein, welche namentlich den internationalen Markt drückte, zumal die Meldungen von außen-

bald hinter den hiesigen Notirungen zurücklieben. Der Eisenbahn-Aktien-Markt zeigte etwas mehr Leben; die Mindereinnahmen der Bergisch-Märkischen Eisenbahn würde nach den bedeutenden Ausfällen bei der Köln-Mindener und bei der Rheinischen Eisenbahn nicht so ungünstig aufgefaßt. Leichte Devisen wie Halle-Sorau-Gubener, Hannover-Altenbekener und namentlich auch Märkisch-Posen fanden beste Beachtung. Kunstanter und auch österr. Bahnen ziemlich fest. Banken und Industriepapiere ohne Bedeutung; Bau-gesellschaften bevorzugt. Der Anlagenmarkt blieb ruhig. Konjunktur mäßig begehr, Pfandbriefe und Prioritäten fest, Magdeburg-Leipziger bevorzugt. Österreichisch-ungarische und russische Eisenbahn-Obligationen fest. Geld flüssig. Der neueste Ausweis der Reichsbank zeigte eine Abnahme der Anlage um 19% Millionen Mark. Die steuerfreie

Notenreserve ist auf 193 Millionen Mark gestiegen. Doch blieben diese Ziffern ohne Einfluß auf den Verkehr. Das Geschäft entwidete sich im weiteren Verlaufe der Börse schleppend; die Haltung blieb fest. Per Ultimo notierten wir Franzosen 398,50—9,50—399, Lombarden 129—130, Kreditaktien 245,50—7—246, Laurahütte 67,75—8—8,67, Diskonto-Kommandit-Antheile 108,40—8—108,25. Bochumer B. zogen 1 an, Central-Boden-Kredit, Norddeutsche Bank- und Handelsgesell-schaft je ½, Centralbank f. Bauten verlor 6, Centralbank f. Industrie 2,80, hannoversche Baubank 1,80, Berlin-Dresden matt. Der Schluß war gegen den Anfang eine Kleinigkeit abgeschwächt. — Kreiszelagionen: 5 proz. 102 bez., 4½ proz. 99,80 bez., 4 proz. 93,40 bez.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 19. Februar 1877.

Fremde Fonds und Geld-Courte.

Euro. Anleihe 4½ 104,10 bG
do. neue 1876 4 95,60 bG
do. 4 95,60 bG
Staats-Schildch. 3½ 92,30 G
Aus. u. Ann. Sch. 3½ 92 G
Ode. Döbeln. Ob. 4
Ziel. Stadt-Ob. 4 102,49 bG
do. 3½ 93 G
Ziel. Stadt-An. 4 101,25 bG
Sachsenprovinz do. 4 101,25 bG
Edle. d. P. Krm. 4 100,80 G
Pfundbriefe:
Wallner 4 101,70 B
do. 5 106,25 bG
Central. Central 4 95,40 bG
Neumärk. 4 85,50 bG
do. neue 3½ 84,70 bG
do. 5 95,10 bG
Brandg. Cred. 4 84 G
Oppenb. 3½ 95,50 bG
do. 4 101,80 bG
Sommerliche 3½ 83,30 G
do. 4 95,00 bG
do. 4 101,90 bG
Post. sche, neue 4 94,50 bG
Gärtner 4 96,50 bB
Weckf. 3½ 84,90 G
do. alte A. u. C. 4
do. neue A. u. C. 4
Wecker. r. ital. 3½ 82,80 bG
do. 4 94,20 bG
do. 4 101,00 bG
do. II. Serie 4 106,30 bG
do. neue 4 101,00 bG
Rente: Rente 4 101,00 bG
do. 4 101,00 bG
Rente u. Neumärk. 4 95,25 bG
Hommelche 4 95,20 bG
Posensche 4 95,20 bG
Börsische 4 95,20 bG
Klein. u. Westfäl. 4 98 bB
Gärtnerische 4 96 bB
Schlechte 4 96 bB
Gouverneurs 20,38 G
Napoleonsdr. 16,27 bG
do. 500 Gr. 4,185 bG
Dollars Imperial 4 13,97 bB
do. 500 Gr. 13,97 bB
Grende Banknot. 4 13,97 bB
do. englisch. Eltz. 81,40 bG
do. östl. Banknot. 165,10 bG
do. Silbergulden 253,40 bG

Ausländische Rente:

Amerik. rdg. 1881 6 105,40 bG
do. 1885 6 100 bG
do. do. 5 103,10 bG
Norwegen. Ank. 4 250 fl. 1854 93,25 B
do. Cr. 100 fl. 1858 298,50 B
do. Pap. Rente 7 60,80 G
do. Silb. Rente 4 51,80 G
do. 250 fl. 1854 55,90 bG
do. Cr. 100 fl. 1858 298,50 B
do. Lott.-A. v. 1860 5 98,50 bG
do. v. 1864 257,20 bG
Eng. St. Giß.-A. 5 67,50 G
do. Esse 136,10 bG
do. Schäf. 1. 6 82,10 bG
do. do. kleine 6 82,25 bG
do. do. II. 5 79,75 G
Italienische Rente 5 102,80 G
do. do. Aktien 6 102,80 G
Rumänien 8 85,25 bG
Finnische Loope 8 23,25 bG
Ruff. Centr.-Bod. 5 97,00 bG
do. Engl. A. 1822 5 81,25 B
do. do. A. v. 1862 5 82,30 bG
Ruff. Engl. Ank. 3 55,50 B
Ruff. fund. A. 1870 5 82,60 bG
Ruff. cont. A. 1871 5 82,60 bG
do. 1872 5 82,60 bG
do. do. 1873 5 82,60 bG
do. Bod. Credit 5 81,00 bG
do. Pr. A. v. 1864 5 149,00 bG
do. do. v. 1866 5 149,00 bG
do. 5. A. Stieg. 5 73,00 bG
do. 6. do. do. 5 85,00 bG
do. Pol. Sch. 4 79,00 bG
do. do. kleine 4 77,50 bG
Poln. Pfds. III. G. 5 71,50 bG
do. do. 4 71,50 bG
do. Liquidat. 4 63,20 bG
Lürl. Ank. v. 1865 5 12,14 bG
do. do. v. 1869 6 25,90 bG
do. Esse vollgez. 3 25,90 bG

*) Wechsel-Course.

Deutsche Fonds.

P. A. 5½ 100 G. 3½ 144,70 bG
do. 5½ 125,50 bG
P. A. 40 th. 4 122,25 G
P. A. 35th. 4 143,60 bG
Präv. Präv. Ank. 4 124,10 bG
Bresl. 20th. 2 84,20 bG
Krm. Ank. v. 1874 4 109,75 bG
Ziel. Md. Pr. A. 3 120,40 bG
Goth. Pr. Pfds. 5 109,50 bG
do. II. Abth. 5 107,25 bG
Goth. Pr. v. 1866 3 175,75 B
Gärtner. Pr. Ank. 3 176,20 bG
Weltl. Eisenb. 3 19,60 bB
Weininger. Zoose 4 102,75 bG
do. Pr. Pfds. 4 102,75 bG
Döbeln. Banknot. 3 137,60 G
P. A. B. Pf. 110 5 102,50 bG
do. do. 4 96,60 bG
P. A. Hypoth. unf. 5 101 bG
do. do. 4 95,75 bG
Rein. Hyp. Pf. 5 100,75 bG
Rübbel. G. 5 101,00 bG
do. Hyp. Pfds. 5 105,75 bG
Pomm. B. Bl. 120 5 101,90 bG

Bank- und Credit-Aktien.

Badische Bank 4 106,10 G
Bl. f. Rhein. u. Westf. 4 57,00 bG
Bl. f. Sprit. v. Pr. 4 57,49 bB
Berliner Bankverein fr. 56 bG
Comm. v. B. See. 4 58,25 bG
Breslauer B. 4 60,00 bG
Bremen 4 164,90 bG
Bremen 2. M. 164,00 bG
Petersb. 100 fl. 3. B. 252,50 bG
do. 100 Rub. 3. M. 249,40 bG
Barthian. 100 fl. 3. E. 252,80 bG
*) Zinszug der Reichs-Bank für Wechsel 4½ f. Lombard 5½ p.Ct.; Bank-disconto in Amsterdam 3, Bremen 5, Brüssel 2½ Frankfort 5, M. 4, Hamburg — Leipzig — London 2, Paris — Petersburg 6, Wien 4½ p.Ct.

Industrie-Aktien.

Brauerei Pazenhofer 4 93,25 G
Danneb. Rattun 4 17,40 G
Deutsche Baugei. 4 55,25 bG
Paris 100 fl. 8 E. 97,75 G
Blg. Blpl. 100 fl. 8 E. 100,00 G
do. do. 100 fl. 2. M. 17,75 G
Gell. siche Masch. Act. 4 13,10 G
Erdmannsd. Spinn. 4 17,75 G
Donnersmarckhütte 4 19,20 bG
Dortmund. Union 4 5,30 bG
Egell. siche Masch. Act. 4 185,00 G
Friedmann. 4 67,50 G
Gotha. f. Charlottenb. 4 34 B
Gotha. f. Rozm. Nähm. 4 12,00 bG
Gelsenkirch. Bergw. 4 82,00 bG
Georg. Marienhütte 4 69,00 B
Hibernia u. Sham. 4 27,50 bG
Immobilien (Berl.) 4 7550 B
Kramka, Leinen. 4 68,10 G
Lauchhammer 4 24,25 G
Laurahütte 4 67,60 bG
Luise-Tiefbau-Bergw. 4 15,90 bG
Magdeburg. Bergw. 4 105,50 G
Magdeburg. Pfds. 4 26,25 G
Marienhütte Bergw. 4 67,00 B
Marienhütte Bergw. 4 15,00 G
Mendler. u. Schw. B. 4 48,50 bG
Mendler. Eis. Bed. 4 25,90 B
Oberholz. 4 31 G

Großherzoglich-Sachsen-Aktien.

Chemnitz 5 27,10 G
Halle-Sorau-Guben 5 35,00 bG
Hannover-Altenbek. 5 35,50 bG
do. II. Serie 5 3,50 G
Leipz. Gasch. M. 5 71,00 bG
Magdeb.-Halber. 5 69,50 bG
do. do. O. 5 94,75 bG
Münster-Göttinge 5 35,00 bG
Nordhausen-Erfurt 5 32,00 G
Oberlauffer 5 73,00 bG
Ostpreu. Südbahn 5 69,00 G
Recke-Dreif. Bahn 5 10,00 G
Rheinisch. 5 55,00 bG
Rumänisch. 5 13,00 G
Sachsenh. 5 11,10 bG
Sachsenh. Bergw. 5 11,10 bG

Eisenbahn-Gesamtvor-Ortschaften.

Oberholzsch. 5 27,10 G
Gera-Plauen 5 do.
Halle-Sorau-Guben 5 35,00 bG
Hannover-Altenbek. 5 35,50 bG
do. II. Serie 5 3,50 G
Leipz. Gasch. M. 5